

Pressemitteilung der Jungen Union Bayreuth-Land zum Antrag auf Schulverbot für Soldaten an Berliner Schulen

Seybothenreuth, 02. April 2019

Wir stehen zur Bundeswehr und den deutschen Soldaten!

Die Berliner Landes-SPD fordert in einem Antrag, dass die Bundeswehr in Zukunft keine Vorträge mehr an Berliner Schulen halten darf. Die Junge Union Bayreuth-Land sieht diesen Antrag als Angriff auf die Bundeswehr und deren Soldaten und lehnt solche Forderungen deshalb vollkommen ab. Da die Bundeswehr eine demokratische Parlamentsarmee ist, fordern wir zudem die gesamte SPD auf, sich von solchen Anträgen zu distanzieren. Die Antragsteller bezeichnen die Arbeit der Bundeswehr als „Töten und Sterben“. „Alleine hieran sieht man, dass die Berliner SPD ein gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr hat!“ so der Kreisvorsitzende und Kandidat für die Europawahl Matthias Straub.

„Auch wenn dieser Antrag nur für Berliner Schulen gilt, ist er dennoch eine Beleidigung für die gesamte Bundeswehr und jeden einzelnen Soldaten. Anstatt die Bundeswehr zu verunglimpfen, sollte die Landesregierung in Berlin lieber über die wertvolle Arbeit der Soldaten, welche täglich für die Sicherheit Deutschlands sorgen, aufklären und sie hierbei mit voller Kraft unterstützen.“ so Staub weiter.

Wir als Junge Union stehen zur Bundeswehr und werden solche oder ähnliche Anträge nicht tolerieren! Die SPD sollte in ihrem Regierungshandeln keine antidemokratischen Forderungen aufstellen und diesen Antrag zurückziehen.